



POSITIONSPAPIER

Zukunft des Journalismus

Stand: 04.09.14

I. Einführung

Mit der Digitalisierung, der weltweiten Vernetzung und der Medienkonvergenz hat sich der Journalismus verändert. Diese Veränderung birgt Risiken und Chancen gleichermaßen. Die Attraktivität des journalistischen Berufs ist durch eine verschlechterte wirtschaftliche Situation und unsichere Arbeitsbedingungen in vielen Bereichen gesunken. Dabei hat der Journalismus keinesfalls an Bedeutung verloren: Unabhängiger Journalismus und mediale Vielfalt sind Voraussetzung für pluralistische Meinungsbildung und politische Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft; in der Informationsflut des digitalen Zeitalters bieten Journalistinnen und Journalisten durch ihre Arbeit Orientierung.

Der Beruf des Journalisten muss frei zugänglich bleiben. Alle Journalisten sind zu besonderer Sorgfalt, Achtung der Menschenwürde und Einhaltung des Pressekodex des Deutschen Presserats verpflichtet. Das „Berufsbild Journalistin/Journalist“, das unverzichtbare digitale Kompetenz umfasst, gilt auch in Zukunft. Für die Ausübung des Berufs sind Sach-, Fach- und Vermittlungskompetenz genauso unentbehrlich wie Persönlichkeits- und Technikkompetenz. Unternehmerische Kompetenz ist insbesondere für selbstständige journalistische Tätigkeit zusätzlich von Bedeutung.

Ausbildungsstätten, Bildungsinstitutionen und Hochschulen, Volontärsbeauftragte und Politik sind aufgerufen, ihre Verantwortung für den Erhalt des Journalismus als unverzichtbaren Beitrag zur Demokratie in diesem Sinne wahrzunehmen. Generell ist es eine gesamtgesellschaftliche Pflicht, für die Presse- und Meinungsfreiheit einzutreten. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) setzt sich als Gewerkschaft und Berufsverband dafür ein, dass der Journalismus seine gesellschaftliche Funktion erfüllt. Er kämpft für angemessene rechtliche Rahmenbedingungen und gute Arbeitsbedingungen und damit dafür, dass der Beruf weiterhin attraktiv bleibt.

II. Analyse

1. Wirtschaftliche Lage

Alle Medien unterliegen hinsichtlich ihrer Finanzierung und der Produktionsabläufe verstärktem (Rechtfertigungs-)Druck. Die generelle Bereitschaft für (Qualitäts-)Journalismus zu bezahlen, hat abgenommen. Das wachsende Angebot zum Teil hochwertiger kostenloser Inhalte fördert diesen Trend. Das hat zur Folge, dass sich Medienunternehmen teilweise anderen Geschäftsfeldern zuwenden, die nichts mehr mit Journalismus zu tun haben. Die Zahl der publizistischen Einheiten, also der redaktionell selbstständigen Tageszeitungen mit Vollredaktionen, die den gesamten redaktionellen Teil herstellen, hat sich verringert. Ebenso die Zahl der Zeitungsausgaben und die Zahl der Verlage als Herausgeber von Zeitungen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist mit den Mitteln aus dem Haushaltsbeitrag zwar insgesamt ausreichend finanziert, einzelne kleine Anstalten können ihren Grundversorgungsauftrag aber ohne den ARD-internen Finanzausgleich nicht erfüllen. Zudem ist die Finanzierung aufgrund der Senkung des Rundfunkbeitrags und restriktiver Anforderungen von KEF und Medienpolitik perspektivisch nicht gesichert. Der private Rundfunk ist von Werbeeinnahmen abhängig. Die Zeitschriftenlandschaft in Deutschland ist vielfältig, jedoch stark von Fluktuation geprägt. Im Online-Bereich entstehen derzeit zahlreiche neue journalistische Unternehmen. Die finanzielle Tragfähigkeit dieser Unternehmen schwankt stark. Viele Verlage wenden sich zusätzlich anderen Geschäftsfeldern zu

und der Trend zur Vermischung von Werbung und Redaktion nimmt durch die wirtschaftlichen Nöte zu. Das birgt Gefahren für den unabhängigen Qualitätsjournalismus. Der Markt für journalistische Produkte wird neu aufgeteilt. Das finanzielle Gesamtvolumen aus Werbung und Verkauf dürfte sinken.

2. Rechtlicher Rahmen: Presse- und Rundfunkfreiheit

Auf den ersten Blick ist das Niveau der Medienfreiheiten in Deutschland beispielhaft hoch. Das Grundgesetz verhindert nicht nur effektiv Eingriffe in die Freiheit der Medien, es spricht auch eine institutionelle Garantie dieser Freiheiten aus. Bei genauerer Betrachtung zeigen sich trotzdem einige bedenkliche Entwicklungen. Die Zusammensetzung der Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehört dazu. Sie muss korrigiert werden. Grund dafür sind immer wieder Versuche der Einflussnahme von politischen Akteuren und Interessengruppen auf Programminhalte und Personalentscheidungen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März 2014 sieht die Gremienbesetzung des ZDF nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Das Urteil hat auch Auswirkungen auf die Gremienbesetzung der ARD-Anstalten.

Die innere Pressefreiheit, also die Sicherstellung der journalistischen Unabhängigkeit gegenüber dem Verlag oder dem Rundfunkunternehmen, wird in der Regel gesetzlich nicht gewährleistet. Der DJV fordert nach wie vor Redaktionsstatute zur Sicherung der unabhängigen redaktionellen Arbeit. Auch der Quellenschutz ist nach wie vor nicht vollständig gewährleistet. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte stellt höhere Anforderungen an die Zulässigkeit von Ermittlungsmaßnahmen gegen Journalisten, als es das deutsche Recht tut. Darüber hinaus ist das Medienkonzentrationsrecht im Wesentlichen nicht geregelt und zudem noch nach Bundes- und Länderrecht aufgeteilt.

Die freie, von sachfremden Erwägungen unbeeinflusste Arbeit in den Redaktionen der verschiedenen Medien steht durch die offen formulierte Erwartung der Werbekunden, auf Inhalte einwirken zu können, massiv unter Druck. Das Trennungsgebot von Redaktion und Werbung hat dabei zentrale Bedeutung. Neue Werbeformen wie das so genannte „Native Advertising“ verletzen das Trennungsgebot und gefährden damit die Glaubwürdigkeit der Presse.

3. Der Arbeitsmarkt

- Freie Journalisten

Die Zahl der freien Journalistinnen und Journalisten und damit die Konkurrenz um Aufträge nimmt zu. Die Freiberuflichkeit im Journalismus garantiert keine für den Lebensunterhalt notwendigen Einkünfte mehr.

- Angestellte Journalisten

Der Trend zu Tarifflicht, Ausgliederungen und Leiharbeitertum nimmt zu. Das Gefälle zwischen Print- und Online-Redakteuren besteht weiterhin.

- Bewerberlage

Trotz der wirtschaftlich schwierigeren Lage der Branche hält der verstärkte Zugang zum Beruf seit Jahren an, für viele bleibt es chic, „etwas mit Medien“ machen zu wollen. In bestimmten Regionen fehlen dennoch zunehmend geeignete Bewerber. Immer weniger junge Leute sind bereit, für Volontariate bei Zeitungen aufs Land zu ziehen. Auch für Einsatzbereiche mit technischen Anforderungen fehlen Bewerber. An einigen Universitäten und Hochschulen lockern sich die bislang geltenden Zulassungsbeschränkungen in den für Journalismus relevanten Studiengängen, da die Nachfrage nachlässt. Zugleich wird in anderen Bereichen über Bedarf ausgebildet: Das Angebot an neuen Studiengängen, die im weitesten Sinne etwas mit Journalismus zu tun haben, wächst. Diese Ausbildungen sind jedoch oft zu wenig an den praktischen Anforderungen orientiert.

- Geschlechterverhältnis

Es gibt immer mehr Frauen im Journalismus. Der Anteil hat sich von 20 Prozent Ende der 70er Jahre auf etwa 40 Prozent erhöht. Bei den Volontären sind Frauen bereits deutlich in der Mehrheit.¹ Diese Entwicklung kann sich auf den sozialen Status des Journalistenberufs auswirken. Das Phänomen ist als so genannter „Gender-Switch“ bekannt. Die im Frühjahr 2014 ausgewertete DJV-Umfrage Freie Journalisten zeigt ungleiche Einkommensverhältnisse zwischen Männern und Frauen auf.²

4. Neue Anforderungen an die journalistische Arbeit

- Technisierung durch Digitalisierung

In den meisten Tätigkeitsbereichen werden, bedingt durch die Digitalisierung, Verständnis für Technik und Innovationsfreude notwendig.

- Rollenverständnis

Die mit der Digitalisierung einhergehende Öffnung im Journalismus für den Dialog mit dem Publikum hat auch das Selbstverständnis verändert: Die Rolle des Journalisten ist nicht mehr (nur) die des Erklärers, zum journalistischen Profil gehört auch das Eingehen auf Hinweise, Fragen oder Korrekturen durch die Rezipienten, oft schon im Verlauf des Entstehungsprozesses der journalistischen Beiträge. Journalisten entwickeln sich zu Moderatoren des gesellschaftlichen Diskurses.

- Journalistisches Profil

Das journalistische Profil und die Selbstvermarktung werden wichtiger, unabhängig vom Beschäftigungsstatus. Auch Redakteurinnen und Redakteure bauen eigene Communitys auf und pflegen so den Kontakt mit den Rezipienten.

- Management

Personal- und Budgetverantwortung sind in den vergangenen Jahren von Verlagsleitung und Chefredaktion zunehmend in die Redaktionsteams verlagert worden. Immer häufiger werden Journalisten und Journalistinnen mit Managementaufgaben betraut.

- Gesundheitliche Auswirkungen

Die Technisierung des Journalismus, die veränderten Arbeitsbedingungen und der Abbau von Personal führen zu Beschleunigung. Durch die weltweite Vernetzung und den Zwang zur Aktualität im Onlinebereich nehmen Nachtschichten und Bereitschaftsdienste zu. Ein Redaktionsschluss existiert in vielen Bereichen nicht mehr. Es zeichnen sich negative gesundheitliche Auswirkungen der Technisierung ab, z. B. aufgrund der echten oder gefühlten Anforderung ständiger Erreichbarkeit.

III. Maßnahmen

1. Wert des Journalismus

Das Bewusstsein über die Bedeutung von Journalismus und das Ansehen von Journalisten und Journalistinnen müssen verbessert werden, die Bereitschaft für Journalismus zu zahlen, muss weiter gesteigert werden. Eine entsprechende gesamtgesellschaftliche Diskussion darüber muss mit Vertretern aller gesellschaftlich relevanten Gruppen geführt werden. Der DJV wird den begonnenen Diskurs zur Ausbildung im Journalismus mit einem Runden Tisch fortsetzen.

Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Werten und politischen Zielen ist essentiell in der Bildung. Diese findet vor allem über die Medien statt. Nur wer Medieninhalte kritisch reflektieren kann, die Grundzüge der Medienwirtschaft kennt und weiß, wie Medien funktionieren, gestaltet Demokratie

¹ http://www.djv.de/uploads/media/2012-06-27_Stellungnahme_BT_Kultur_und_Medien_01.pdf.

² http://www.djv.de/fileadmin/user_upload/Freidateien/Freie-Hintergrund/Zwischenbericht-Umfrage-Freie-2014.pdf

selbstbewusst mit. Deshalb soll Medienkompetenz (also Medienvermittlung, -kritik, -kunde und -gestaltung) vom Kindergarten bis zur Hochschule zum Pflichtstoff werden.

2. Meinungsvielfalt

Meinungsvielfalt ist ein Gebot des Grundgesetzes. Sie muss auch im Netz ausgebaut werden. Neue journalistische Darstellungsformen unter Nutzung unterschiedlicher Plattformen und Kanäle bieten die Chance, Journalismus auch bei verändertem Nutzungsverhalten für eine breite Öffentlichkeit interessant zu gestalten. Da immer mehr Journalismus (auch) online stattfindet, wird die Frage wichtiger, wie der so genannte digitale Graben³ überwunden und Zielgruppen über die verschiedenen Kanäle angesprochen werden können. Dabei gilt es auch, für Diversität etwa bezüglich Geschlecht, Alter und Herkunft in journalistischen Teams zu sorgen.

3. Zielgenauere Aus- und Weiterbildung für Journalisten

Zusätzlich zu den Kernkompetenzen für Journalisten müssen in der Ausbildung verstärkt die Persönlichkeits-, Management- und Technikkompetenz sowie unternehmerische Qualifikationen und neue journalistische Darstellungsformen insbesondere im digitalen und crossmedialen Bereich vermittelt werden, um für die genannten neuen Anforderungen an die journalistische Arbeit gerüstet zu sein. Es ist wichtig, Fachjournalisten auch für neue Felder wie Datenjournalismus auszubilden. Alle Journalisten müssen Kenntnisse der technischen Systeme und der Social-Media-Plattformen erwerben. Unternehmerische Kompetenzen müssen in der Ausbildung in Medienbetrieben, an Hoch- und Journalistenschulen verstärkt vermittelt werden, weil die typischen Karriereverläufe Zeiten freier Berufsausübung mit sich bringen. Kommunikationskompetenzen sind zum transparenten Arbeiten und zur Publikumspflege unverzichtbar. Die bisher überwiegend autodidaktisch angeeigneten Managementkompetenzen von Journalisten müssen Teil der Ausbildung sein und durch Weiterbildung ergänzt und professionalisiert werden. Nur unter dieser Voraussetzung ist eine zeitgemäße und zukunftssichernde Personalentwicklung auch in Redaktionen möglich. Das traditionelle Handwerkszeug der Journalisten behält bei all den neuen Anforderungen seinen hohen Stellenwert. Der DJV fordert einen breiten Diskurs zur Aus- und Weiterbildung unter Beteiligung von Wissenschaftlern, Ausbildern, Arbeitgebern und Unternehmern. Dies ist bereits im DJV-Memorandum ausgeführt.⁴

4. Unterstützung von freien Journalisten

Unterstützung bedürfen Freiberufler insbesondere bei der Existenzgründung, bei der Erstellung von Businessplänen und bei der Nutzung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten. Es gilt auch, weiter für die Durchsetzung der Gemeinsamen Vergütungsregeln zu kämpfen. Die Praxis, freie Journalisten vor allem einzusetzen, um Kosten zu senken, muss unterbunden werden. Die Medienunternehmen missbrauchen ihre Verhandlungsmacht. Die rechtliche Position von Freien gegenüber der wirtschaftlichen Übermacht von Verwertern muss durch Änderungen des Urhebervertragsrechts gestärkt werden.

5. Arbeitsverträge und Honorare

- Bezahlung

Der DJV setzt sich für angemessene Bezahlung und Arbeitsbedingungen für Journalisten ein. Dazu gehört auch der Mindestlohn für Volontäre. Tarifverträge und ein gesetzlich gesichertes Honorarniveau

³ <http://www.dw.de/digitaler-graben-breiter-als-erwartet/a-15773656> : Die digitale Spaltung der Gesellschaft ist größer als die bisher bekannten Zahlen vermuten ließen. Zu dem Ergebnis kommt eine Studie aus dem Jahr 2012. Danach zählen in Deutschland nicht 20 Prozent, sondern fast 40 Prozent der Menschen zu den so genannten Digital Outsiders. Sie sind nie oder höchstens ein, zwei Mal im Monat im Internet. Ihnen gegenüber steht die fast gleichgroße Gruppe der mit dem Internet Aufgewachsenen, der so genannten Digital Natives.

⁴ http://www.djv.de/fileadmin/user_upload/Infos_PDFs/Flyer_Broschuren/memorandum-online-3.pdf

für Freie müssen den angemessenen materiellen Ausgleich für die journalistische Leistung sicherstellen. Der Missbrauch von Leiharbeit und die Ausgliederung zur Umgehung der Tarifbedingungen müssen verhindert werden. Der Erhalt und die Entwicklung der bestehenden Tarifverträge und die Durchsetzung der Vergütungsregeln für Freie bleiben die vorrangigen sozialpolitischen Ziele des DJV.

- Freiräume

Größtmögliche selbstbestimmte Flexibilität beim Arbeitsort und bei der Arbeitszeit müssen selbstverständlich werden. Sabbaticals oder Teilzeitarbeit sind vorzusehen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zu stärken.

7. Innovationsfreundliches Klima

Innovationen im Journalismus sind unbedingt notwendig. Sie müssen von verschiedenen Akteuren getätigt werden, natürlich von den Medienunternehmen selbst (siehe dazu auch AG Finanzierung), aber auch von einzelnen Journalisten, auch fern der großen Medienunternehmen, und der Wissenschaft. Veränderungen in den Redaktionen hatten in den letzten Jahren nahezu ausschließlich Sparen zum Ziel. Journalisten müssen ihre Ideen aber ohne eine Sparvorgabe entwickeln können. Sie sind aufgerufen, sich einzubringen, Kooperationen der Medienunternehmen mit Dritten (Wissenschaft, Bildungseinrichtungen) können sinnvoll sein, um Ideen umgehend auf ihre praktische Umsetzbarkeit hin überprüfen zu können.

8. Anpassung des Urheberrechts an die digitale Informationsgesellschaft

Die Modernisierung des Urheberrechts und die Reform des Urhebervertragsrechts dürfen nicht weiter verzögert werden. Der DJV dringt auf schnelle Umsetzung der von ihm eingebrachten Vorschläge.

9. Solidarität

Als Gewerkschaft und Berufsverband bietet der DJV zahlreiche Informationen und andere Dienstleistungen, strebt aber auch eine durch Vernetzung starke Gemeinschaft der Journalisten an, die den kollegialen Austausch fördert und damit Teamfähigkeit und Solidarität stärkt. Zur Teamfähigkeit und Solidarität gehört es auch, keine Aufträge unter Wert zu erteilen bzw. anzunehmen. Um die Solidarität zu fördern, wird auch der DJV-Fairhaltenskodex stärker propagiert.⁵

⁵ <http://www.djv.de/startseite/info/beruf-betrieb/freie/fairhaltenskodex.html>